

HINTERGRUND

Anhörung zu Kommunalabgabennovelle

Linke für schrittweise Abschaffung der Abwasserbeiträge – Grüne: Umweltstandards sichern

Erfurt. (tlz) Da die CDU eine öffentliche Diskussion über das neue Kommunalabgabengesetz verweigert, wie es die Linke formuliert, wird die Linksfraktion am kommenden Montag im Landtag eine mündliche Anhörung durchführen. Das kündigt deren kommunalpolitischer Sprecher, Frank Kuschel, an.

Hintergrund sind die von der CDU geplanten Änderungen beim Abwasser. Bevor am 7. August der neue Gesetzentwurf im Landtag beschlossen werden soll, ist eine Anhörung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens vorgeschrieben. Bei brisanten Themen ist es üblich, innerhalb einer mündlichen Diskussion den Dialog zwischen

Abgeordneten, der Landesregierung und den Sachverständigen zu führen. „Die CDU hat eine öffentliche Anhörung verhindert. Sachverständige und Betroffene konnten sich

nur schriftlich zum Gesetzentwurf äußern“, kritisiert Kuschel. Damit sei ein Dialog zu den strittigen Rechts- und Finanzierungsfragen ausgeschlossen und die Öffentlichkeit erhalte kaum Informationen.

Zur öffentlichen Anhörung sind neben den Sachverständigen, der Landesregierung und den Vertretern der anderen Fraktionen vor allem Interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

Neben der schrittweisen Abschaffung der Abwasserbeiträge hat die Linke in ihren Änderungsanträgen zum CDU-Gesetzentwurf auch ihre Vorstellungen zum Bereich der Straßenausbaubeiträge thematisiert.

■ **Dezentrale Lösungen sollen bei Abwasser begünstigt werden**

„Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für Thüringen zumindest die sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bei Ersatz der Einnahmeausfälle für die Gemeinden“, so Kuschel.

Die Thüringer Grünen sind unterdessen davon überzeugt, dass die erneute Novellierung des Kommunalabgabengesetzes den von überhöhten Abgaben Betroffenen nichts bringt. „Wie die noch geplanten Ausbau- und Anschlussmaßnahmen im Abwasserbereich gerecht und verträglich gestaltet werden können, liegt weiter in den Sternen“, so der bündnisgrüne Landtagskandidat Dirk Adams. Die CDU-Landesregierung habe es versäumt, alternative und de-

zentrale Anlagen zu fördern und auf sparsame, den demographischen Wandel berücksichtigende Abwasserplanungen zu drängen. Die Grünen fordern für die zukünftige Abwasserpolitik vor allem verursacherbezogene Gebühren, die Berücksichtigung ökologischer Kriterien und Transparenz bei den Entscheidungen.

Dazu gehört aus ihrer Sicht eine gerechte Verteilung der Lasten. Perspektivisch halten sie Herstellungsbeiträge für überholt. Dezentrale Lösungen im Abwasserbereich müssten begünstigt werden. Und einen Anschlusszwang dürfe es nur geben, wenn die wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit nachweisbar sei.



Anhörung zur Novelle des Kommunalabgabengesetzes: Montag, 27. Juli, 17 Uhr, Thüringer Landtag